

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Potentiale erneuerbarer Energien für mehr Klimaschutz und als Motor des Strukturwandels ausschöpfen**

Die Bundesregierung hat anspruchsvolle Umweltziele gesetzt. So soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2010 (gegenüber 2000) auf 12,5 Prozent verdoppelt werden; bis 2050 soll mindestens die Hälfte der gesamten Energieerzeugung auf der Basis von Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme stattfinden. Mit der Verbesserung der Energieeffizienz und Umstellung der Energiebasis auf erneuerbare Quellen wird nicht nur die Umwelt geschont, sondern es werden auch Arbeitsplätze und Werte geschaffen. Ökologische Modernisierung durch die Strategie „Weg vom Öl“ ersetzt risikobehaftete, fossile Energieimporte durch inländische Wirtschaftsaktivitäten: durch Industrieproduktion, Handwerksleistungen und neue Dienstleistungen.

Die Potentiale erneuerbarer Energien in Bremen und Bremerhaven müssen in vollem Umfang ausgeschöpft werden, um diesen Strukturwandel zu bewerkstelligen. Eine nachhaltige Ökonomie kann nur so und nicht durch Großprojekte wie z. B. dem Space-Park erreicht werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus:

1. in der Stadtplanung Strategien zur Vermeidung zukünftiger CO₂-Freisetzungen festzuschreiben,
2. bei Neubau und Sanierung öffentlicher Gebäude über die Regelungen der Energieeinsparverordnung hinausgehende Maßnahmen zur Effizienzsteigerung vorzugeben,
3. potentiellen Investoren für Photovoltaik-Großanlagen zur Stromerzeugung aus Sonnenenergie geeignete Dachflächen öffentlicher Gebäude zur Verfügung zu stellen und entsprechende Ausschreibungen zu veranlassen,
4. die Nutzung der Sonnenenergie im Lande Bremen zu verbessern,
5. ein Förderprogramm für die Biomasse aufzulegen, das neben der Nutzung der Biomasse vor allem auch deren Anlagenbau sowie die Schulung bzw. Weiterqualifikation von Handwerk und Gewerbe in diesem Sektor vorsieht und finanziell unterstützt,
6. zu evaluieren, wie die erforderlichen Flächenansprüche für die Realisierung einer „wirtschaftsorientierten Energiemeile“ in der Überseestadt der ehemaligen Hafenreviere kurz-, mittel- und langfristig gewährleistet werden können und zu prüfen, wie ein Gründerzentrum „regenerative Energien“ am Standort integriert werden könnte.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen